

## SPANIEN

Adriaan Kühn

### KLIMAWANDEL IM SCHATTEN DER WIRTSCHAFTSKRISE

Die Debatte über den Klimawandel in Spanien zeigt ein deutliches Gefälle zwischen öffentlicher (Problem-) Wahrnehmung auf der einen und konsequenter Handlungsbereitschaft auf der anderen Seite: Die Spanier zeigen sich in Umfragen informiert und äußern sich besorgt über die Folgen des Klimawandels. Dennoch ist zivilgesellschaftlicher Druck auf Politik und Wirtschaft schwach. In der Politik stagnieren die ehemals ambitionierten Bemühungen. Klimapolitik ist Thema für Akademiker und Experten, in den Medien und der Öffentlichkeit spielt sie sporadisch eine Rolle.

### DIE ÖFFENTLICHE WAHRNEHMUNG

Die Einstellungen der Spanier zum Klimawandel sind gut erforscht. Klimawandelskeptiker sind eine Minderheit: Nur etwa fünf Prozent der Befragten vertreten in einer aktuellen Studie die Auffassung, der Klimawandel existiere nicht.<sup>1</sup> Eine absolute Mehrheit (57 Prozent) glaubt, gegen den Klimawandel werde zu wenig getan. Klimaaktivisten beklagen jedoch immer wieder eine Diskrepanz zwischen öffentlicher Meinung und der individuellen Bereitschaft der Spanier, ihren Lebensstil klimafreundlich umzugestalten.

### KLIMAWANDEL UND DIE POLITIK

In der spanischen Politik erhitzt der Klimawandel keine Gemüter. Dies hat zwei Gründe:

- Grün-ökologische Parteien führen ein Nischendasein im spanischen Parteiensystem. Beim Innenministerium sind 25 *partidos verdes* registriert – keine einzige spielt auf überregionaler Ebene eine Rolle. Auch Umweltverbänden gelingt es nur selten, als *agenda setter* die gesellschaftliche Debatte zu beeinflussen. Für die etablierten Parteien gibt es keinen Anlass, programmatisch auf solch schwache Konkurrenz zu reagieren. Der Stellenwert von Umweltpolitik im Allgemeinen und der Beschäftigung mit dem Klimawandel im Speziellen spiegelt sich in der Entwicklung ihrer institutionellen Implementierung wider: Zum Amtsantritt José María Aznars 1996 wurde erstmals ein eigenständiges Umweltministerium

geschaffen. Im Jahr 2008 – zu Beginn der zweiten Legislatur José Luis Rodríguez Zapateros – wurde sogar eine Staatssekretärin für den Klimawandel berufen. Mittlerweile ist das Umweltministerium in ein neues Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt aufgegangen. Mit dem Klimawandel beschäftigt sich dort jetzt nur noch eine Generaldirektion (*Oficina Española para el cambio climático*).

- Der Klimawandel steht im Schatten der Wirtschaftskrise – sowohl was die mediale Aufmerksamkeit als auch was die politischen Prioritäten betrifft. Anscheinend nehmen die meisten politischen Akteure eine Kosten-Nutzen-Abwägung zwischen klimafreundlicher Energiepolitik und ökonomischen Wachstumsaussichten vor. Trotz des langfristigen ökonomischen Potenzials Grüner Energieträger wird weitere Regulierung von Entscheidungsträgern überwiegend als kontraproduktiv gesehen, wenn es darum geht, die spanische Wirtschaft schnell wieder in Schwung zu bringen.

### KLIMAWANDEL IN DEN MEDIEN

Die spanische Presse berichtet umfassend von den internationalen Klimakonferenzen sowie den Diskussionen über den Klimawandel in der Wissenschaftsgemeinde. Die Medien nehmen aber auch eine nationale Perspektive ein: So wurden die Leser spanischer Tageszeitungen darüber informiert, dass ein Ansteigen des Meeresspiegels hunderte Kilometer Sandstrände gefährde – ein Versiegen der Touristenströme drohe. Außerdem seien häufiger auftretende Temperaturschwankungen für schlechte Traubenernten verantwortlich und gefährdeten damit die Weinproduktion. Eine aktuelle Studie zur spanischen Medienberichterstattung über den Klimawandel kommt zum Ergebnis, dass ausgewogen und aus verschiedenen Perspektiven informiert wird. Für den Großteil der analysierten Medienberichte vermissen die Autoren jedoch eine Erklärung wissenschaftlicher Konzepte und eine klare Darstellung der Ursachen und Konsequenzen des Klimawandels.<sup>2</sup>

Energiesicherheit ist Thema in Spanien: Das Land kann etwa ein Viertel seines Primärverbrauchs aus heimischer Produktion decken – ein Wert, der deutlich unter dem EU-Schnitt liegt. Während bei den

1 | Vgl. Pablo Ángel Meira Cartea et. al., *La respuesta de la sociedad española ante el cambio climático*, Fundación Mapfre, 2013.

2 | Bienvenido León und Alica de Lara, *Ciencia y cambio climático*, in: Rogelio Fernández Reyes und Rosalba Mancinas Chávez (Hrsg.), *Medios de comunicación y cambio climático*, Sevilla, 2013, S. 91 – 105, [http://issuu.com/ladecom/docs/cambio\\_climatico](http://issuu.com/ladecom/docs/cambio_climatico) [28.07.2014].

Öl-Importen Russland wichtigster Handelspartner ist, bezieht Spanien seine Gas-Importe vornehmlich aus Nordafrika. Dort ist Algerien Hauptlieferant. Mehr noch als die Krise in der Ukraine dominierte der „Arabische Frühling“ die Debatte um die Abhängigkeit von Energieimporten. Diese wurde jedoch mittlerweile von einem breiten Protest gegen steigende Strompreise verdrängt.

In Spanien hoffte man lange Zeit, mit der Förderung erneuerbarer Energien drei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können: Reduzierung der Abhängigkeit von Importen fossiler Brennstoffe; Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen (zwischen 2008 und 2012 hat Spanien 770 Millionen Euro für Verschmutzungszertifikate ausgegeben, weltweit hat nur Japan mehr Rechte gekauft); und die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen auf diesem Gebiet (u. a. die 20-20-20-Ziele der EU).

Wie viele andere in Spanien sind in den letzten zehn Jahren die Subventionen für erneuerbare Energien (zu) großzügig ausgefallen. Betreiber von Fotovoltaik-Anlagen erhielten 2007 knapp 0,44 Euro pro Kilowattstunde, das lag 575 Prozent über dem durchschnittlichen Referenztarif in diesem Jahr. Parallel zum faulen Immobilienboom bildete sich eine Blase auf dem Markt für erneuerbare Energien, besonders bei der Fotovoltaik. In Kilowattstunden gemessen wuchsen die Erneuerbaren seit 1990 um jährlich 19 Prozent, im Vergleich zu nicht einmal zwei Prozent Wachstum bei den konventionellen Energieträgern.

Die Förderprogramme sind – zusammen mit anderen Faktoren wie dem Einfrieren des nominellen Elektrizitätspreises auf Inflationsniveau durch die Regierung – Ursache eines regulatorischen „Tarifdefizits“ (*déficit tarifario*), das den Staatshaushalt mit 30 Milliarden Euro belastet. Diese riesige Finanzierungslücke gefährdet nicht nur die Einhaltung der mit Brüssel vereinbarten Defizitziele, sondern sorgt auch für Unmut in der Bevölkerung. Seit 2005 ist die Elektrizitätsrechnung spanischer Haushalte um 70 Prozent gestiegen. In Europa zahlen nur Zyprioten und Malteser mehr für ihren Strom.

Jetzt muss die Regierung zurückrudern. Subventionen, Sondertarife und Steuergutschriften sind drastisch gekürzt oder gestrichen worden. Investoren fürchten um ihr Kapital und strengen bereits Schiedsverfahren gegen die entsprechenden Gesetzesänderungen an.

Zur CO<sub>2</sub>-Reduktion bleibt nun noch die Nachfrageseite. Bei der Erhöhung der Energieeffizienz und der Senkung des Energieverbrauchs pro Kopf gibt es im Vergleich mit den europäischen Nachbarn noch deutlich Potenzial, wie aus dem Regierungsplan *Acción de Eficiencia Energética en España 2011–2020* hervorgeht.

Der Terminus „Energiewende“ ist dem spanischen Publikum aus der Berichterstattung über die Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2013 bekannt. Gegen die von der Regierung geplante Verlängerung der Laufzeit eines Atomkraftwerkes gibt es Proteste. Ein vorzeitiger Ausstieg aus der Atomenergie steht jedoch nicht zur Debatte.

Die spanischen Ambitionen in der europäischen Klima- und Energiepolitik beschränken sich zurzeit auf die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen. So schreibt ein Beamter des Ministeriums für Industrie, Energie und Tourismus, „Wir unterstützen die EU-Umweltpolitik [...], aber im aktuellen Kontext einer schwachen Konjunktur sollten deren Auswirkungen auf die Industrieproduktion beachtet werden [...]“.<sup>3</sup>

Umweltverbände, wie z. B. *Ecologistas en Acción*, setzen dagegen ganz auf die Brüsseler Karte, wenn es darum geht, der Regierung Druck zu machen. Im vergangenen Jahr war Spanien mit 29 Verstößen gegen EU-Umweltbestimmungen Spitzenreiter in der Statistik der Europäischen Kommission.

Spanien hat sich beim Eingehen von multilateralen Vereinbarungen nicht als Bremser hervorgetan. So vermittelte das Land beispielweise, als eine Blockade bei der VN Klimakonferenz in Doha 2012 drohte. Spanien ist aber sicher kein Vorreiter in der Klimapolitik. Für den ehemaligen Umweltminister *Arias Cañete* war es ein Erfolg, im sechsten Bericht zur VN-Klimarahmenkonvention aus dem Jahr 2013 „endlich“ die Einhaltung der Kyoto-Ziele verkünden zu können.

So gut wie niemand in Spanien zweifelt daran, dass die Vereinten Nationen das geeignete Forum für Klimaverhandlungen darstellen. Klimapolitik rangiert zurzeit jedoch auf den hinteren Plätzen in der Liste der internationalen Prioritäten der spanischen Regierung. Das eher schleppende Vorankommen bei den Verhandlungen über ein neues Klimaregime dürfte eher gelegentlich kommen.

3 | Manuel Valle Muñoz, „Política industrial sostenible y medio ambiente“, *Economía industrial* 387, 2013, S. 55–64.